

Ich möchte angesichts der Hereinkommenden der Freude des Präsidiums dieses Hauses Ausdruck geben, daß das Parlament nicht, wie es vorhin zeitweise manchmal aussah, vom Winde der mächtig wehenden deutschen Geschichte völlig verweht ist. Wir können also doch fortfahren.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Dr. Klein von der Vereinigten Linken. Es ist gut, daß er noch einmal zu Wort kommt. Ich glaube, er ist bisher nur ein einziges Mal zu Wort gekommen.

(Zuruf: Zweimal!)

Bitte, Herr Klein!

Dr. Klein (Vereinigte Linke):

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Der uns heute vorliegende Einigungsvertrag soll nun das Kapitel DDR endlich abschließen.

(Beifall bei CDU/DA)

Die prägenden Erfahrungen unseres Lebens, also auch unseres politischen Lebens, haben die meisten von uns in den Jahren der Existenz dieses Staates gemacht. Die heutige Aussprache über diesen Vertrag sollte auch für die Abgeordneten dieses Hauses ein weiterer Anlaß sein, darüber nachzudenken, wer in den vergangenen Jahren stets Opfer von Politik war und warum. Wo heute die Verlierer der gegenwärtigen politischen Umwälzung zu finden sein werden, wollen nur die nicht namhaft machen, die noch immer behaupten, es würde nun allen besser gehen. Die großen Profiteure der Wiedervereinigung stehen heute ebenso fest wie die Handlanger der Mächtigen von einst.

Ich glaube, es ist und bleibt richtig, daß die Art und Weise des Endes historischer Abschnitte gerade der deutschen Geschichte sehr viel aussagt über das, was vor diesem Ende lag. Wir haben bis 1989 in einer Gesellschaft gelebt, die von einem hermetischen Machtapparat kontrolliert wurde, einen enormen Anpassungsdruck produzierte und den Opportunismus als gesellschaftliche Norm installierte.

Der SED-Staat hatte ein soziales Gefüge des Mitläufertums, der einträglichen Komplizenschaft nicht nur in Gestalt devoter Blockparteien, sondern auch der feigen Kopflängerschaft eines Staats-, Wissenschafts- und Parteibeamtenheeres geschaffen.

Der Zynismus einer solchen gesellschaftlichen Norm wurde dadurch auf die Spitze getrieben, daß diese Diktatur den Namen „Sozialismus“ mißbrauchte. Mit der Liquidierung jeglicher Demokratie war es aus mit dem Traum von einer gerechten und solidarischen Gesellschaft; denn Sozialismus ist untrennbar mit Demokratie verbunden.

Ich sage dies bewußt in die Richtung jener Politiker, die dieses Wort heute genauso inflationär im Munde führen wie damals die alte SED-Führung; letztere, um die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, und erstere, um diese auf den Kopf gestellte Wahrheit wahlkampfaktisch oder -trächtig auszunutzen.

Diese ehemaligen Blockparteien haben sich nach ihrer Teilhabe an der Sozialismusedmagogie der Politbürokraten einem neuen Opportunismus verschrieben. Sie haben sich mit der Losung „Nie wieder Sozialismus“ der nicht weniger einträglichen Unterwerfung unter die politische Richtlinienvorgabe Bonner Parteien verschrieben und so ihre neue Blockheimat gefunden.

Insofern ist es also sicher angemessener, nicht von den Wendeparteien, sondern von der Kontinuität des Opportunismus zu sprechen.

(Beifall bei der PDS)

Es entbehrt daher nicht der Scheinheiligkeit, wenn gerade sie den Sumpf der abgesprungenen SED-Politbürokraten trockenlegen wollen, die von den Sachwaltern des Stalinismus zu gut

verdienenden Entdeckern der freien Marktwirtschaft konvertierten.

Doch es wurde auch Widerstand geleistet in diesen Jahrzehnten vor dem Herbst 1989, wenn auch nur von wenigen. Als sich im letzten Herbst der Widerstand die Straße eroberte, brach das SED-Regime zusammen. Es fand erstmals Demokratie statt, direkte Demokratie in einer ihrer unmittelbarsten Formen, nämlich der Straßendemonstration.

Was wird nun aus den Hoffnungen der Bürger dieses Landes, der Hoffnung auf ein besseres und freieres Leben, aus dem Wunsch und den Hoffnungen auf ein Ende von Bevormundung und Unterdrückung und dem Wunsch nach sozialer Sicherheit?

Seit dem ersten Staatvertrag ist klar, daß sich der Demokratisierung der großen Parteien in der parlamentarischen Diktatur der Mehrheit und der Ignoranz gegenüber sich mehrenden Anzeichen des Vertrauensverlustes in diese Politik seitens wachsender betroffener Bevölkerungsteile definiert. Oder glaubt in diesem Hause jemand, daß die explodierende Massenarbeitslosigkeit, die gravierenden Realeinkommensverluste sehr vieler Bürger, der grassierende Neofaschismus und die drohenden Einbrüche bei der Verteidigung von Frauenrechten mitgewählt wurden?

So viel steht jedenfalls fest: Die Gestaltung der deutschen Einheit, wie es heißt, blieb denen vorbehalten, die in der BRD an den Hebeln der Macht - und dies in Interesse des Kapitals - sitzen. Auf ihre Verbündeten in der DDR konnten sie sich allemal verlassen. Wie sonst ist es z. B. zu erklären, daß entgegen härtester öffentlicher parlamentarischer und kommunaler Kritik, vorbei an allen sonst so oft zitierten wettbewerbsrechtlichen Beteuerungen, die drei großen Strommultis sich des Geschäfts der Versorgung des DDR-Gebiets bemächtigen.

Niemand wird über solche Art Politik sich in noch größerem Maßstab wundern müssen, wenn der Aufsichtsrat der Treuhand, mehrheitlich zusammengesetzt wie eine Edelauslese aus den Kreisen des Großkapitals und der Banken, ohne Gewerkschaftsbeteiligung und übrigens in Zukunft nur noch von der Bundesregierung bestellt, wenn sich dieser Treuhandausschuß dann der Privatisierung widmet.

Die Befürchtung liegt auf der Hand, bankrotte Betriebe sind allemal billiger, und hohe Arbeitslosenzahlen eignen sich ausgezeichnet für das Drücken der Löhne.

Was war also angesichts dessen vom 2. Staatsvertrag, dem sogenannten Einigungsvertrag, zu erwarten? Dieser Vertrag konnte nur die Gestalt eines Unterwerfungsdokumentes annehmen.

Auch der Bevölkerung wird neuerlich klar, daß sie ihre Interessen wohl nur noch selbst und direkt schützen kann. Wir sehen, das neue Recht benachteiligt vor allem die Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und weiteren zivilen Rechten. Woher werden ab Mitte 1991 die Länder die Mittel für die Kindereinrichtungen in den DDR-Ländern nehmen? Die Frage ist hier in der letzten Sitzung schon einmal aufgeworfen worden. Auch die Frage der Schwerbehinderten, die um ihre Zukunft fürchten, und die vermutlich zweieinhalb Millionen Arbeitslosen des Jahres 1991 und die Sozialhilfeempfänger wie die Heimbewohner werden diskriminierenden Prozeduren und womöglich dem sozialen Notstand entgegensehen.

Der Mieterschutz ist eines der heißesten Themen angesichts der sicher steigenden Mietzinsentwicklung, aber angesichts ungewisser Einkommensentwicklung.

Die Frauen in ganz Deutschland sehen nach erstrittener Kompromißformel im Einigungsvertrag, daß es wenig Sinn hat, sich auf das Parlament zu verlassen, wenn in den verbleibenden 2 Jahren eine Regelung im Interesse der Betroffenen erkämpft werden soll. Nach der offensichtlichen Brückierung, diesmal sogar parlamentarischer Mehrheiten der Volkskammer durch die ursprünglich von Schäuble und Krause für den Einigungsvertrag verabredete Regelung im Umgang mit den Stasi-Akten